

# Konjunktur-Schlaglicht: Steuerentwicklung stabilisiert?

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat im Mai die für den Finanzplanungszeitraum 1998 bis 2002 zu erwartenden Steuereinnahmen neu geschätzt. Für 1998 wird nunmehr von einem Aufkommen von 820,5 Mrd. DM ausgegangen. Das sind – bei gleichem Steuerrecht – zwar 3 Mrd. DM weniger als noch bei der letzten Steuerschätzung im November 1997 errechnet wurde, gegenüber der drastischen Rücknahme der Prognoseansätze infolge einer „Entkoppelung“ des Aufkommens von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den vorangegangenen Jahren ist diese Korrektur aber gering. Der Arbeitskreis rechnet damit, daß die Steuern wieder stärker mit der Zunahme des BIP Schritt halten werden. Anders als in den vergangenen Jahren ist die – um Steuerrechtsänderungen bereinigte – erwartete gesamtwirtschaftliche Steuerquote (Relation

dings noch Mindereinnahmen infolge einer ungünstigeren Beschäftigungsentwicklung hinzu.

Im Vergleich zur mittelfristigen Schätzung vom Mai 1997 ergeben sich ab 1999 zwar Steuermindereinnahmen von 29 bis 35 Mrd. DM pro Jahr. Diese Steuerausfälle zeichneten sich aber schon bei der kurzfristigen Schätzung im November 1997 weitgehend ab. Sie stellen insofern keinen erneuten Einbruch der Erwartungen dar, sondern ergeben sich aus der Fortschreibung des bereits im November 1997 festgestellten, niedrigeren Niveaus. In den Jahren 2000 bis 2002 wird sich das Steueraufkommen jährlich im Durchschnitt um 4¼% erhöhen. Diese im Vergleich zur vorangegangenen mittelfristigen Prognose etwas niedrigere Zunahme ist auf die Erwartung eines geringeren Preisanstiegs, nicht aber auf eine schwächere wirtschaftliche Dynamik zurückzuführen.

## Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ Mai 1997 bis Mai 1998

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
<b>Mai 1997</b>							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)		813,1	843,5	886,3	928,4	974,5	
Zuwachsrate in %		1,6	3,7	5,1	4,8	5,0	
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		22,21	22,09	22,22	22,27	22,37	
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %) nachrichtl. in Mrd. DM:							
Bruttoinlandsprodukt, nominal (BIP)	3 457,4	3,4	4,3	4,5	4,5	4,5	
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1 514,3	0,4	2,5	2,7	2,7	2,7	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	744,3	7,9	7,2	8,0	8,0	8,0	
<b>November 1997 (Kurzfrist-Schätzung)</b>							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)		795,1	814,2				
Zuwachsrate in %		-0,6	2,4				
Schätzabweichung gegenüber Mai 1997		-17,3	-22,4				
Steuerrechtsänderungen gegenüber Mai 1997		-0,6	-6,9				
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		21,76	21,35				
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %) nachrichtl. in Mrd. DM:							
Bruttoinlandsprodukt, nominal (BIP)	3 541,5	3,2	4,4				
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1 525,9	0,1	2,6				
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	768,5	8,8	9,0				
<b>Mai 1998</b>							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)		797,2	820,5	867,8	901,0	941,7	980,7
Zuwachsrate in %		-0,4	2,9	5,8	3,8	4,5	4,1
Schätzabweichung gegenüber Mai bzw. Nov. 1997		2,1	-3,0	-28,8	-32,1	-35,0	
Steuerrechtsänderungen gegenüber Mai bzw. Nov. 1997			9,3	10,3	4,7	2,1	
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		21,89	21,65	21,94	21,85	21,91	21,89
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %) nachrichtl. in Mrd. DM:							
Bruttoinlandsprodukt, nominal (BIP)	3 541,5	2,8	4,1	4,4	4,2	4,2	4,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1 520,5	-0,5	1,9	2,9	2,7	2,7	2,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	771,54	8,9	9,4	8,1	8,1	8,1	8,1

der Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) nicht weiter nach unten revidiert worden.

Die für dieses Jahr erwarteten Mindereinnahmen sind überwiegend „stabilitätsbedingt“. Sie resultieren zum einen daraus, daß der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg mit 1% geringer sein wird als bisher angenommen; dies führt zu Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer von fast 1½ Mrd. DM. Zum anderen hat eine ebenfalls flacher als bisher angenommene Entwicklung der Löhne je Arbeitnehmer zur Folge, daß das Lohnsteueraufkommen um 2 Mrd. DM weniger zunimmt; zu diesen Steuerausfällen treten aller-

Das Risiko weiterer Steuerausfälle wird neben den ohnehin bestehenden Schätzunsicherheiten davon bestimmt, wie realistisch die zugrundeliegenden Annahmen der Bundesregierung sowohl über die kurz- als auch die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung sind. Ein Vergleich mit der Frühjahrsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt, daß die konjunkturelle Einschätzung der Bundesregierung für dieses und nächstes Jahr etwas optimistischer ausfällt. Das Steueraufkommen wäre danach allerdings nur leicht überschätzt.

Wolfgang Schaft, Tel. 040/3562345